

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Stephan Jersch, Sabine Boeddinghaus,
Deniz Celik, Martin Dolzer, Dr. Carola Ensslen, Norbert Hackbusch,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020

Einzelpläne 7 und 4

**Betr.: Sozialökologische Verkehrspolitik: Ausbau des öffentlichen Personen-
nahverkehrs (ÖPNV) und Einstieg in das 365-Euro-Jahresticket**

Nach Jahrzehnten schnell steigender Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geht mindestens in den Metropolen inzwischen der Trend in eine andere Richtung. In Wien ist die Jahreskarte für 365 Euro für alle ein Erfolgsmodell, auch in Frankfurt und München sinken die Fahrpreise für einige Fahrkartenarten fühlbar. Sogar die Bundesregierung schlug, wenn auch eher aus Versehen, einen ÖPNV-Nulltarif in besonders von Stickoxiden belasteten Städten vor.

Das Beispiel Wien zeigt auch eines sehr deutlich: Günstiger ÖPNV entlastet die Haushaltskassen der Menschen. So liegen die durchschnittlichen Mobilitätsausgaben der Wiener Haushalte deutlich unter denen aller anderen österreichischen Bundesländer. Gerade vor dem Hintergrund rasant steigender Wohnkosten in Hamburg kann eine Preissenkung des ÖPNV vielen Haushalten etwas mehr finanzielle Luft zum Atmen schaffen. Für die Teilhabe aller am sozialen, kulturellen und politischen Leben ist eine drastische Senkung der Fahrpreise schrittweise hin zu einem fahrscheinfreien ÖPNV eine wichtige Maßnahme.

Ein Ausbau des ÖPNV bei gleichzeitiger Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs ist eine wichtige Voraussetzung für eine Verkehrswende, die eine Schonung der Umwelt und eine Verbesserung der Gesundheit der Menschen zum Ziel hat. Durch die Planungen des Senats sollen die Kapazitäten des ÖPNV erhöht werden. Deshalb kann in einem ersten Schritt hin zu dem Wiener Modell des 365-Euro-Jahrestickets eine Reduzierung der Fahrpreise für Monatskarten auf 60 Euro erfolgen.

Mit dem weiteren Ausbau der Kapazitäten des ÖPNV kann das 365-Euro-Jahresticket eingeführt werden. In einer nächsten Stufe ist dann der fahrscheinfreie ÖPNV einzuführen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Der Senat sorgt für eine Senkung des Preises einer Monatskarte ab dem 1. Januar 2020 für
 - a. den HVV-Tarifbereich HamburgAB auf 60 Euro, das entspricht bei dem aktuellen Abonnementspreis von 87,20 Euro einer Reduzierung um 27,20 Euro. Diese Reduzierung wird anteilig umgelegt auf die regulären Monatskarten im Bereich AB. Bei Monats- und Abonnementskarten, die über den Tarifbereich HamburgAB hinausgehen, erfolgt ebenfalls eine Reduzierung 27,20 Euro,
 - b. drei Tarifzonen auf 60 Euro,

c. zwei Tarifzonen auf 45 Euro.

Aus der vorgenannten Senkung der Fahrpreise ergibt sich eine Reduzierung der Einnahmen bei den Zeitkarten um rund 100 Millionen Euro. Unter Berücksichtigung der Erfahrung aus Wien wird für die verringerte Zahl verkaufter Einzelfahrkarten ein 10-prozentiger Einnahmeverlust angenommen. Für die notwendigen Ausgleichszahlungen an die Verkehrsbetriebe werden im Einzelplan 7, Produktgruppe 269.01 in den Jahren ab 2020 daher jeweils 110 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

2. Der Senat vereinbart mit dem HVV die kostenlose Nutzung des ÖPNV im Tarifbereich HamburgAB für alle Berechtigten der Sozialkarte ab dem 1. Juli 2019.

Hierzu wird im Einzelplan 4, Aufgabenbereich 253 Soziales der Ansatz „Förderung der Sozialkarte“ im Jahr 2019 um 12 Millionen Euro auf 31 Millionen Euro, im Jahr 2020 um 24 Millionen Euro auf 44,5 Millionen Euro erhöht.

3. Der Senat vereinbart mit dem HVV die kostenlose Nutzung des ÖPNV im Tarifbereich HamburgAB für alle Schüler/-innen, Studenten/-innen und Auszubildende mit Wohnsitz oder Studien- beziehungsweise Ausbildungsort Hamburg ab dem 1. Juli 2019.

Für die notwendigen Ausgleichszahlungen an die Verkehrsbetriebe werden im Einzelplan 7, Produktgruppe 269.01 im Jahr 2019 45 Millionen Euro, in den Jahren ab 2020 jeweils 90 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

4. Der Senat stellt der Bürgerschaft bis zum 30.6.2019 dar,
- a. wie viel zusätzliche Fahrgäste der HVV bei Realisierung der derzeitigen Ausbauplanungen, dem bis dahin beschafften Fahrzeugpark und dem dann vorhandenen Personal in den Jahren 2020 bis 2025 jeweils maximal aufnehmen kann
 - b. mit welchen Fahrgastzahlen aufgrund der Wiener Erfahrungen bei einer Einführung des 365-Euro-Jahrestickets zu rechnen ist.